



Fünf Tage bevor die EAPPI-Beobachter*innen die West Bank aufgrund des Covid-19-Lockdowns unerwartet verlassen mussten, haben sie noch Kinder und Jugendliche, hier in der Nähe von Bethlehem, auf dem Schulweg begleitet. Foto: Albin Hillert/WCC 2020

Die Covid-19 Pandemie und das Leben unter Besatzung

Die Corona-Krise ist hierzulande praktisch an niemandem spurlos vorbeigegangen. Für Menschen in einem Land unter Besatzung ist die Situation aber um ein Vielfaches belastender und schwieriger, die Auswirkungen auf die Lebensumstände weitreichender. Daniel Bregulla hat mit einem Betroffenen aus der West Bank gesprochen.

*Von Daniel Bregulla und Sarah Slan**

Wie fast alle Menschen und Betriebe weltweit ist auch Peace Watch Switzerland von der Krise um COVID-19 betroffen. Im März 2020 musste PWS die Einsatzleistenden im EAPPI-Projekt in Palästina/Israel wegen des Lockdowns und der Ausgangssperre vor Ort frühzeitig nach Hause holen. Aus Sicherheitsgründen wird PWS, wie auch andere EAPPI-Entsendeorganisationen, bis Dezember 2020 keine neuen Menschenrechtsbeobachter*innen nach Palästina/Israel entsenden. Dies bedeutet leider, dass EAPPI die Schutzpräsenz vor Ort nicht in gewohnter Form durchführen kann. Das Jerusalem Büro hält jedoch den engen Kontakt mit Schlüsselpersonen

aus den verschiedenen Gebieten der West Bank aufrecht und hat sich mit anderen lokalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen zusammengeschlossen. Gemeinsam suchen sie nach Möglichkeiten, um der Bevölkerung auch während der Pandemie Schutz anbieten zu können und weiterhin die Menschenrechtsverletzungen ans Licht zu tragen. PWS konzentriert sich auf Austausch und Koordination mit den EAPPI-Mitarbeiter*innen und allen Entsendeorganisationen und treibt die Advocacy-Arbeit in der Schweiz voran.

Auswirkungen der Pandemie auf die Bevölkerung

Gemäss den offiziellen Zahlen des Palästinensischen Gesundheitsministeriums sind bis Ende Juni um die 2'000 Palästinenser*innen infiziert worden und fünf Personen gestorben.¹ Doch in der West Bank kommen folgende, erschwerende Faktoren hinzu: Vom 1. März 2020 bis zum 28. Mai 2020 wurden 116 Bauten von israelischen Sicherheitskräften zerstört und 57 Personen vertrieben. Insgesamt waren 635 Personen betroffen.² Die israelischen Behörden setzen die Infrastrukturzerstörungen also auch während der bestehenden Pandemie fort, in einer Zeit, in der die Bevölkerung in Israel

Aktuelle Informationen zu PWS und der Menschenrechtsarbeit in den Projektländern finden Sie auf unserer [Webseite](#) und unseren Blogs zu [EAPPI](#) und [Honduras](#).

* Sarah Slan ist Programmverantwortliche für Israel/Palästina bei PWS

und Palästina dazu aufgerufen wurde, zu Hause zu bleiben. Hinzu kommt eine Zunahme von Angriffen durch Siedler*innen auf Palästinenser*innen und deren Eigentum. Im gleichen Zeitraum sind gemäss UNOCHA im Zusammenhang mit der Besetzung und dem Konflikt sechs Todesopfer und 502 verletzte Palästinenser*innen zu beklagen.³ Auf israelischer Seite wurden fünf Personen verletzt (keine Todesopfer).

Die Stimme eines Betroffenen

Um die Situation vor Ort besser zu verstehen, sprach Daniel Bregulla, ein PWS-Freiwilliger, der im März frühzeitig heimreisen musste, mit Omar⁴, einem palästinensischen Aktivist in Hebron: Daniel fragte ihn Anfang Juni, wie die Situation in der West Bank momentan sei und wie die Bevölkerung die vergangenen Monate erlebt habe. «Meiner Familie und mir geht es gut, al-Hamdu-li-'llah ('Gott sei Dank'). Wir können unterdessen wieder nach draussen gehen, aber wir halten uns ans Social Distancing, meiden grosse Menschenansammlungen und sind vorsichtig.»

Internationale Präsenz erlaubt es den Palästinenser*innen gehört zu werden.

Der Anfang März ausgerufene Ausnahmezustand und die damit verbundenen Massnahmen, wie z. B. die Schliessungen der Läden, Schulen und Moscheen, seien zwar hart gewesen, hätten ihre Wirkung aber nicht verfehlt. «Die Spitäler [in der West Bank] wären nicht in der Lage gewesen, eine hohe Anzahl von Erkrankten medizinisch zu versorgen», so Omar. Allerdings sei es für die Bevölkerung aus ökonomischen Gründen im April schwierig geworden: Menschen, die für ihre Arbeit nach Israel gehen müssen, hätten dies während längerer Zeit nicht tun können. Auch habe die Palästinensische Autonomiebehörde die Gehälter für Mai nicht mehr bezahlen können. «Je länger desto mehr rückte also die Sorge nach einer Ansteckung in den Hintergrund. Wichtig wurde hingegen die Frage, wie man seine Familie versorgen kann,» erzählte Omar und fügte hinzu: «Wie in vielen anderen Ländern machten sich auch hier Verschwörungstheorien breit, z.B. dass die Pandemie nur ein Vorwand sei, um Moscheen schliessen zu können. Auch wenn wir alle gerne zum normalen Alltag übergehen möchten, müssen wir lernen, mit dem Virus zu leben.»

Aktuell bestehe zwar weiterhin der Ausnahmezustand. Dies aber ermögliche es der palästinensischen Behörde, so Omar, schnell reagieren zu können und Quartiere zu



Daniel Bregulla war von Dezember 2019 bis März 2020 für PWS-EAPPI in Palästina/Israel als Menschenrechtsbeobachter unterwegs. Ein Schulkind mit Mundschutzmaske steckt ihm hier eine Blume ins Haar.

Foto: Albin Hillert/WCC 2020

isolieren, wenn an einem Ort neue Infizierungen entdeckt würden.

Die Schutzpräsenz wird vermisst

Omar schilderte Daniel anschaulich, wie das Fehlen von Menschenrechtsbeobachter*innen und freiwilligen internationalen Personen je länger desto mehr zu Problemen führen könnte: zum Beispiel beim Schulbetrieb, der, um einen Teil des verpassten Schulstoffes aufzuholen, im Sommer voraussichtlich früher als in normalen Jahren beginnt. Sorge bereitet ihm, dass dann Schulkinder, die auf dem Schulweg Checkpoints passieren oder nahe an israelischen Sied-

lungen vorbeimüssen, keine präventive Schutzpräsenz durch internationale Beobachter*innen haben werden. Die Internationalen würden möglicherweise auch bei der Olivenernte im Herbst fehlen, einerseits, weil ihre physische Präsenz Siedler*innen von Störaktionen abhält, andererseits, weil die zusätzlichen Arbeitskräfte auch entscheidend zur Ertragsmenge beitragen. Omar sprach auch über die Zunahme der Angriffe von Siedler*innen auf Palästinenser*innen bzw. auf deren Hab und Gut: «Insbesondere im Norden der West Bank, aber auch im Jordantal und ganz im Süden ist seit Anfang März ein deutlicher Anstieg von Siedlergewalt festzustellen.» Er ist zudem über das Fehlen einer weiteren wichtigen Unterstützung besorgt: «Die Anwesenheit von internationalen Menschenrechtsbeobachter*innen erlaubt es den Palästinenser*innen, gehört zu werden. Schwierige Momente können somit etwas abgemildert werden. Diese wichtige psychosoziale Unterstützung, welche die Begleitpersonen von EAPPI leisten, fehlt nun, genauso wie das Gefühl, eine Stimme in der Welt zu haben. Aus Erfahrungen in der Vergangenheit wissen wir, dass es ohne internationale Beobachter*innen vermehrt zu Problemen mit Siedler*innen oder israelischen Sicherheitskräften kommt, etwa dann, wenn Schulkinder schwierige Orte ohne Begleitung passieren müssen.» Alle, die Kontakte in Palästina haben, bittet Omar deshalb: «Schickt den Menschen in Palästina eine Nachricht und versucht informiert zu bleiben. Dadurch wird uns gezeigt, dass wir nicht in Vergessenheit geraten.»

¹<https://www.ochaopt.org/covid-19>

²<https://app.powerbi.com/view?r=eyJrjoiMmJkZGRhYWQtdODk0MS00MmWJkLWI2NTktMDg1NGJIMGNiY2Y3IiwidCI6IjBmOWUzNWRiLlU0NGYiNGY2MC1iZGNjLTViYTQxNmU2ZGM3MCIslmMiOj9h>

³<https://www.ochaopt.org/data/casualties>

⁴Name geändert.